

Anhang zum 31. Dezember 2007

Vorbemerkungen

Die Industrie- und Handelskammer zu Kiel (im Folgenden "IHK zu Kiel") hat zum 1. Januar 2006 die kameralistische Haushaltsplanung und Haushaltsführung durch ein kaufmännisches Rechnungswesen ersetzt. Rechtliche Grundlage bildet das Finanzstatut, das die Vollversammlung am 14. September 2005 unter Bezugnahme auf das Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein vom 24. Juni 2005, in dem die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens bei den Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein als geboten bezeichnet wird, beschlossen hat.

Ausgangspunkt für die Rechnungslegung der IHK zu Kiel nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung bildet die zum 1. Januar 2006 erstellte Eröffnungsbilanz. Hierzu wurde eine Bestandsaufnahme (Inventur) und die Bewertung des Vermögens und der Schulden durchgeführt (vgl. §§ 240 ff. HGB).

Das Gliederungsschema der Schlussbilanz entspricht dem Muster in Anlage III des Finanzstatuts der IHK zu Kiel.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sind die Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts, das Finanzstatut der IHK zu Kiel, beschlossen durch die Vollversammlung am 14. September 2005 maßgeblich.

AKTIVA

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bilanzierung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu den Anschaffungskosten korrigiert um die seit der Anschaffung angefallenen Abschreibungen. Die Abschreibungen erfolgen linear nach Maßgabe der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Dabei werden grundsätzlich die steuerlich anerkannten Afa-Tabellen zugrunde gelegt.

II. Sachanlagen

Grundstücke und Gebäude sowie grundstücksgleiche Rechte

Als Bewertungsmaßstab für das Grundstück und das Gebäude „Kiel, Bergstraße 2“ sind die entstandenen Anschaffungs- und Herstellungskosten herangezogen worden. Das Gebäude wurde im November/Dezember 2004 bezogen und seitdem genutzt. Das Gebäude wird über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren abgeschrieben.

Die Bewertung der übrigen Grundstücke und Gebäude sowie grundstücksgleichen Rechte erfolgte in der Eröffnungsbilanz auf Basis des Gutachtens eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen. Bewertungsstichtag ist der Monat Oktober 2005 gewesen.

Die Bewertung der Grundstücke in Kiel (Lorentzendamm 23-24 und Lorentzendamm 21) erfolgte in Anlehnung an die Bodenrichtwertkarte der Landeshauptstadt Kiel (Stand 31. Dezember 2004 / 10. Mai 2005). Für das Grundstück in Elmshorn (Kaltenweide 6) wurde auf die Bodenrichtwertkarte des Kreises Pinneberg vom 31. Dezember 2004 abgestellt. Besondere wertbeeinflussende Faktoren wurden durch Zu- und Abschläge berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Gebäude (Lorentzendamm und Kaltenweide) wurde in der Eröffnungsbilanz der im Gutachten ermittelte Ertragswert zugrunde gelegt. Besondere wertbeeinflussende Faktoren (Alter, Lage etc.) wurden durch entsprechende Zu- und Abschläge berücksichtigt.

Die Gebäude werden über die in dem Gutachten festgelegte Restnutzungsdauer von 35 Jahren abgeschrieben.

Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens erfolgt mit den ursprünglichen Anschaffungskosten abzüglich anteiliger Abschreibungen. Die Abschreibungen erfolgten planmäßig linear über die voraussichtliche betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben.

III. Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen sind in Höhe des anteiligen Stammkapitals angesetzt.

Unter den Wertpapieren des Anlagevermögens sind Festgeldguthaben ausgewiesen, die ihrem Zweck der Rücklagendeckung nach dafür bestimmt sind, der IHK langfristig zu dienen. Die Festgeldguthaben sind mit ihren Nominalwerten angesetzt.

Die Sonstigen Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche betreffen das zur anteiligen Finanzierung der Ruhegehaltszahlungen dienende Guthaben bei der VdW Unterstützungskasse deutscher Wirtschaftsorganisationen e. V.

Die Anlagen halten sich im Rahmen der in § 23 FS und in den Richtlinien zur Ausführung des FS festgelegten Kriterien.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie die fertigen Erzeugnisse und Handelswaren wurden im Rahmen einer Stichtagsinventur zum 31. Dezember 2007 erfasst. Sie werden zu den letzten Einstandspreisen bewertet.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Forderungen aus IHK-Beiträgen sind zum Nominalwert abzüglich Einzelwertberichtigungen und pauschalierter Einzelwertberichtigungen angesetzt.

Die IHK zu Kiel hat im Jahr 2007 ihr Beitragssystem durch die Einführung des DV-Systems EVA Beitrag von einer separierten Nebenbuchhaltung in ein integriertes Gesamtsystem des Rechnungswesens überführt, das eine Selektion nach Fälligkeiten zulässt.

So sind die in den Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz festgelegten Regeln zur Bewertung der Beitragsforderungen nicht mehr zur Anwendung gekommen, wonach Forderungen aus den drei Jahren vor dem aktuellen Geschäftsjahr mit 50 %, solche aus mehr als drei Jahren vor dem aktuellen Geschäftsjahr zurückliegenden Beitragsjahren zu 90 % (Handelsregisterunternehmen) bzw. 100 % (Kleingewerbetreibende) wertberichtigt wurden.

In Anlehnung an den „Bilanzierungs- und Kontierungsleitfaden“ der DIHK-Arbeitsgruppe Kontierung vom 10. Juli 2007 sind die Wertberichtigungen der Beitragsforderungen demnach nach dem nachfolgenden Schema vorgenommen worden:

Geschäftsjahr	HR	KGT
Aktuell	0 %	10 %
Vorjahr	70 %	90 %
Übrige Vorjahre	100 %	100 %

Die Forderungen aus Gebühren und Entgelten werden in Höhe der offenen Posten zum 31. Dezember 2007 abzüglich Einzelwertberichtigungen und pauschalierter Wertberichtigungen ausgewiesen. Die Höhe der jeweiligen Wertberichtigung erfolgte dabei mit den folgenden pauschalen Sätzen in Abhängigkeit von dem Wertberichtigungsgrund:

Fälligkeit	Wertberichtigung
Ratenzahlung	20 %
Separierte Klärungen	30 %
Vollstreckungen	70 %
Insolvenzen	95 %

Für das allgemeine Ausfallrisiko wird zusätzlich eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % auf den nicht wertberichtigten Forderungsbestand gebildet.

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die Kassenbestände sowie die Guthaben auf Giro- und Festgeldkonten bei Kreditinstituten sind zum Nominalwert entsprechend der Kassenaufnahmeprotokolle, Kontoauszüge und Saldenbestätigungen per 31. Dezember 2007 bilanziert.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

PASSIVA

A. Eigenkapital

I. Nettoposition

Die Nettoposition hat sich beim Übergang auf die kaufmännische Rechnungslegung nach den Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz aus den in der Eröffnungsbilanz angesetzten Aktiva und den übrigen Passiva ergeben und behält den so ermittelten Wert grundsätzlich bei.

II. Ausgleichsrücklage

Die Bezugsgröße lt. § 15 Abs. 3 FS für die Ausgleichsrücklage ergibt sich für die Schlussbilanz zum 31. Dezember 2007 aus dem Erfolgsplan für das Geschäftsjahr, d.h. aus dem Erfolgsplan 2007.

Der für 2007 geplante Betriebsaufwand beläuft sich auf € 10.974.200,00; die Ausgleichsrücklage in Höhe von € 3.250.000,00 ist am 31. Dezember 2007 mit 29,61 % dieses Wertes dotiert. Die Ausgleichsrücklage ist verpflichtend zum Ausgleich von Schwankungen des Beitragsaufkommens zu bilden. Gemäß Finanzstatut soll sie zwischen 30 % und 50 % des Betriebsaufwandes laut Erfolgsplan betragen. Die Vollversammlung hat angesichts dessen in ihrer Sitzung am 11. Dezember 2007 beschlossen, der Ausgleichsrücklage im Geschäftsjahr 2008 das Ergebnis des Jahres 2006 in Höhe von € 545.564,87 zuzuführen. Die ausreichende Dotierung der Ausgleichsrücklage ist damit gewährleistet.

III. Andere Rücklagen

Die Dotierung der Liquiditätsrücklage orientiert sich ebenfalls an § 15 Abs. 3 FS. Daneben werden Rücklagen für den Fonds zur Förderung schleswig-holsteinischer Künstler, den Sonderfonds zur Nachwuchsförderung, den Prozesskostenfonds sowie den Instandsetzungsfonds gebildet.

C. Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen sind auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Fa. Watson Wyatt Heissmann GmbH, Wiesbaden, entsprechend dem Teil-

wertverfahren nach § 6a Abs. 3 EStG mit einem Rechnungszins von 6 % bilanziert worden. (Grundlage für die Bewertung sind die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Heubeck).

Sonstige Rückstellungen

Für ungewisse Verbindlichkeiten werden Rückstellungen in Höhe des Betrages der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Hierbei sind alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Die Sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Vorsorge für Beihilfeverpflichtungen, Urlaubstage, Zeitguthaben, Altersteilzeitverpflichtungen und Jahresabschlusskosten.

Die Bewertung der Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen erfolgte auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten der Fa. Watson Wyatt Heissmann GmbH, Wiesbaden, nach dem Teilwertverfahren mit einem Rechnungszins in Höhe von 6 % (Grundlage für die Bewertung sind die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Heubeck).

Die Bewertung der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen wurde von der Fa. VdW Service Gesellschaft für Gehalts- und Sozialleistungen mbH, Mülheim/Ruhr, mit einem Rechnungszins von 5,5 % vorgenommen.

D. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und teilweise auch die sonstigen Verbindlichkeiten stellen Verpflichtungen aus gegenüber der IHK zu Kiel erfüllten Verträgen dar, bei denen die Zahlung für die empfangene Lieferung oder Leistung von der IHK zu Kiel bis zum 31. Dezember 2007 noch nicht erbracht wurde.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ist im Wesentlichen der zum Stichtag bestehende Anteil der Berufsausbildungsgebühren ausgewiesen, für den die IHK zu Kiel die Leistungen noch nicht erbracht hat und dessen Auflösung und Zuführung in den nächsten Jahren über die Vertragslaufzeiten erfolgen wird.

Erläuterungen zur Bilanz

AKTIVA

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände bestehen aus Softwarelizenzen in Höhe von € 55.308,00 (Vorjahr € 49.472,00).

II. Sachanlagen

Für die Schlussbilanz zum 31. Dezember 2007 wurden die Werte der Sachanlagen entsprechend der oben dargestellten Bewertungsmethoden ermittelt.

Für die **Grundstücke und Gebäude** ergeben sich folgende Wertansätze:

		Wert 31.12.2007	Wert 31.12.2006
Kiel, Bergstraße 2	Grundstücke	1.057.352,89 €	1.057.352,89 €
	Gebäude	12.602.983,00 €	12.871.514,00 €
	Außenanlagen	397.005,00 €	421.789,00 €
Bilanzansatz		14.057.340,89 €	14.350.655,89 €

		Wert 31.12.2007	Wert 31.12.2006
Kiel, Lorentzendamm 23-24	Grundstück	1.720.000,00 €	1.720.000,00 €
	Gebäude	668.990,00 €	689.439,00 €
Bilanzansatz		2.388.990,00 €	2.409.439,00 €

		Wert 31.12.2007	Wert 31.12.2006
Kiel, Lorentzendamm 21	Grundstück	701.000,00 €	701.000,00 €
	Gebäude	402.329,00 €	414.627,00 €
Bilanzansatz		1.103.329,00 €	1.115.627,00 €

		Wert 31.12.2007	Wert 31.12.2006
Elmshorn, Kaltenweide 6	Grundstück	181.000,00 €	181.000,00 €
	Gebäude	304.086,00 €	313.381,00 €
Bilanzansatz		485.086,00 €	494.381,00 €

Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung:

	Wert 31.12.2007	Wert 31.12.2006
Büromöbel /- einrichtung	354.275,61 €	389.051,61 €
Medientechnik	93.840,00 €	117.743,00 €
Datenverarbeitungsanlagen	56.329,00 €	59.811,00 €
Fuhrpark, Transportmittel	39.062,00 €	58.814,00 €
Kunstgegenstände	79.871,00 €	70.774,00 €
Bürotechnik	4.925,04 €	7.436,04 €
Sonstige Geschäftsausstattung	141.150,51 €	155.453,51 €
Bilanzansatz	769.453,16 €	859.083,16 €

III. Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die IHK zu Kiel ist alleinige Gesellschafterin der IHK-Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Projektmanagement Kiel mbH sowie der Gesellschaft zur Förderung von Bildung und Wirtschaftswissenschaften Kiel mbH. Das Stammkapital der Gesellschaften beläuft sich auf jeweils € 25.564,59.

Beteiligungen

Alle übrigen Anteile werden – auch wenn sie weniger als den fünften Anteil des jeweiligen Stammkapitals ausmachen – unter den Beteiligungen ausgewiesen.

	Beteiligung	in %	Wert 31.12.2007	Wert 31.12.2006
1.	KITZ Kieler Innovations- und Technologiezentrum GmbH, Kiel	14,60 %	51.150,00 €	51.150,00 €
2.	KIWI Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft Kiel mbH, Kiel	7,58 %	51.129,19 €	51.129,19 €
3.	WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	16,00 %	32.000,00 €	32.000,00 €
4.	IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Dortmund	1,42 %	14.160,00 €	14.160,00 €
5.	GOES Gesellschaft für die Organisation und die Entsorgung von Sonderabfällen mbH, Neumünster	4,13 %	12.400,00 €	12.400,00 €
6.	Wirtschaftsagentur Neumünster GmbH, Neumünster	9,00 %	9.000,00 €	9.000,00 €
7.	Gesellschaft zur Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe in Schleswig-Holstein mbH, Kiel	33,33 %	8.691,97 €	8.691,97 €
8.	Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH (N. I. T), Kiel	14,21 %	8.200,00 €	8.200,00 €

9.	GTZ Gewerbe- und Technikzentrum Raisdorf GmbH, Raisdorf	1,00 %	5.112,92 €	5.112,92 €
10.	Tourismus Marketing Schleswig-Holstein GmbH	2,00 %	3.000,00 €	3.000,00 €
11.	IZET Gesellschaft für Technologieförderung Itzehoe mbH, Itzehoe	1,00 %	2.560,00 €	2.560,00 €
12.	Nordkolleg Rendsburg GmbH, Rendsburg	3,85 %	1.278,23 €	1.278,23 €
Bilanzansatz			198.682,31 €	198.682,31 €

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die unter den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Festgeldguthaben dienen vorrangig der finanziellen Unterlegung der verbindlich vorgeschriebenen Ausgleichsrücklage sowie der anderen Rücklagen. Der Wertansatz zum Bilanzstichtag beträgt € 3.610.941,86 (Vorjahr: € 3.616.034,64).

Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Unter dieser Position wird das zur Refinanzierung der unter den Pensionsrückstellungen ausgewiesenen Pensionsverpflichtungen bestehende Guthaben der IHK zu Kiel bei der VdW Unterstützungskasse deutscher Wirtschaftsorganisationen e. V. ausgewiesen. Das diesbezügliche Guthaben beträgt am 31. Dezember 2007 € 643.169,94 (Vorjahr: € 803.435,21).

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die Vorräte verteilen sich mit € 35.105,92 (Vorjahr: € 39.143,79) auf Büromaterial, mit € 4.441,59 (Vorjahr: € 8.171,37) auf Bewirtungsvorräte, mit € 8.938,76 (Vorjahr: € 8.450,27) auf Handelswaren sowie mit € 2.232,16 (Vorjahr: € 2.489,42) auf EDV-Material.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten sowie sonstige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich auf insgesamt € 999.940,13 (Vorjahr: € 926.815,97). Davon entfallen auf:

	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2006</u>
Beiträge	€ 551.719,07	€ 351.724,81

Auf die Forderungen aus Beiträgen wurden Wertberichtigungen in Höhe von € 226.789,07 (Vorjahr: € 278.186,52) vorgenommen.¹

Gebühren, Entgelte sowie sonstige

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	€ 323.162,00	€ 376.876,06
---	---------------------	---------------------

Für diese Forderungen wurden – dem Wertberichtigungsgrund entsprechend - Wertberichtigungen in Höhe von 20 % bis 95 %, in Summe € 11.882,91 (Vorjahr: € 21.073,75), berücksichtigt. Für das allgemeine Ausfallrisiko wurde zudem eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % bzw. € 8.603,47 (Vorjahr: € 10.508,51) gebildet.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen	€ 40.170,90	€ 79.862,14
---	--------------------	--------------------

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen gegenüber der IHK Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Projektmanagement Kiel mbH sowie gegenüber der Gesellschaft zur Förderung von Bildung und Wirtschaftswissenschaften Kiel mbH und resultieren aus der Abrechnung von Projekten. Die Industrie- und Handelskammer ist in den betreffenden Fällen bei der Projektfinanzierung in Vorleistung getreten, die nach Zahlung durch die Projektträger von den verbundenen Unternehmen wieder ausgeglichen wird.

Sonstige Vermögensgegenstände	€ 84.888,16	€ 118.352,96
--------------------------------------	--------------------	---------------------

In den sonstigen Vermögensgegenständen ist ein Rückzahlungsanspruch gegenüber der VAK Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände in Schleswig-Holstein aus der Endabrechnung der quartalsweise geleisteten Vorschüsse mit den tatsächlich geleisteten Aufwendungen im Zusammenhang mit Beihilfe in Höhe von € 29.695,99 enthalten. Die übrigen Forderungen resultieren im Wesentlichen aus Schadenersatzansprüchen (€ 18.852,74), Zinsabgrenzungen (€ 17.351,48) sowie aus der Weiterbelastung von Aufwendungen an Dritte.

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die hier ausgewiesenen Kassenbestände und Bankguthaben sichern die kurzfristige Liquidität. Die liquiden Mittel gliedern sich mit € 3.181.631,56 (Vorjahr: € 2.227.384,35) auf Bankguthaben und mit € 1.835,67 (Vorjahr: € 2.526,96) auf Kassenbestände.

¹ Zum Wechsel der Bewertungsmethodik vgl. die Ausführungen zu B.II.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten belaufen sich auf € 114.445,76 (Vorjahr: € 92.645,72). Sie betreffen eine Vielzahl von Einzelpositionen. Zu den größten Posten gehören bereits für Januar 2008 gezahlte Beamtenbezüge (30 TEUR) und Ruhegehälter (23 TEUR).

PASSIVA

A. Eigenkapital

	Wert 31.12.2007	Wert 31.12.2006
Nettoposition	4.000.000,00 €	4.000.000,00 €
Ausgleichsrücklage	3.250.000,00 €	3.250.000,00 €
Andere Rücklagen	3.116.385,44 €	3.121.478,22 €
davon:		
<i>Liquiditätsrücklage</i>	2.906.443,36 €	2.906.443,36 €
<i>Künstlerfonds</i>	89.968,47 €	97.352,89 €
<i>Nachwuchsförderung</i>	63.198,48 €	60.906,84 €
<i>Prozesskostenfonds</i>	51.129,19 €	51.129,19 €
<i>Instandsetzungsfonds</i>	5.645,94 €	5.645,94 €
Gewinnvortrag	545.564,87 €	0,00 €
Ergebnis	446.054,09 €	545.564,87 €
Bilanzansatz	11.358.004,40 €	10.917.043,09 €

Die Nettoposition in Höhe von 4 Mio. Euro entspricht 14,43 % der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2007.

Die Ausgleichsrücklage ist als Pflichtrücklage dafür bestimmt, Schwankungen im Beitragsaufkommen auszugleichen. Sie umfasst 29,61 % des für 2007 geplanten Betriebsaufwandes. Gemäß Finanzstatut soll sie zwischen 30 % und 50 % des Betriebsaufwandes laut Erfolgsplan betragen. Die Vollversammlung hat angesichts dessen in ihrer Sitzung am 11. Dezember 2007 beschlossen, der Ausgleichsrücklage im Geschäftsjahr 2008 das Ergebnis des Jahres 2006 in Höhe von € 545.564,87 zuzuführen. Die ausreichende Dotierung der Ausgleichsrücklage ist damit gewährleistet. Die Liquiditätsrücklage wird zur Absiche-

rung von finanziellen Engpässen gebildet und beträgt 26,48 % der genannten Bezugsgröße.

Es ist vorgesehen, das Ergebnis des Jahres 2007 in der Sitzung der Vollversammlung im September 2008 festzustellen. Vorbehaltlich der Zustimmung der Vollversammlung soll die Ergebnisverwendung in der Weise erfolgen, dass eine Zuführung zur Ausgleichsrücklage vorgenommen wird.

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für alle bestehenden Versorgungsverpflichtungen wurden Pensionsrückstellungen gebildet. Im Einzelnen entfallen auf:

	Wert 31.12.2007	Wert 31.12.2006
Verpflichtung für laufende Pensionenfälle	4.005.642,00 €	4.289.687,00 €
Verpflichtung für unverfallbare Anwartschaften	2.125.582,00 €	1.597.795,00 €
Bilanzansatz	6.131.224,00 €	5.887.482,00 €

Die IHK zu Kiel erteilt seit 1992 grundsätzlich keine neuen Versorgungszusagen mehr.

3. Sonstige Rückstellungen

	Wert 31.12.2007	Wert 31.12.2006
Urlaubsrückstellungen	137.463,00 €	142.382,00 €
Zeitguthaberrückstellungen	13.407,00 €	21.538,00 €
Rückstellung Beihilfeverpflichtungen	1.059.044,00 €	1.232.230,00 €
Rückstellung Altersteilzeit	10.529,53 €	54.952,62 €
Jubiläumsrückstellungen	51.979,00 €	49.815,00 €
Rückstellung Berufsgenossenschaftsbeiträge 2007	16.500,00 €	16.500,00 €
Rückstellung für Ausgleichsabgabe	2.000,00 €	1.000,00 €
Rückstellung für Rechts- und Beratungskosten	10.000,00 €	36.820,21 €
Rückstellung für Archivierungsverpflichtungen	22.933,25 €	22.933,25 €
Rückstellung für Jahresabschlusskosten	48.000,00 €	60.000,00 €
Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	20.000,00 €	0,00 €
Bilanzansatz	1.391.855,78 €	1.638.171,08 €

Die IHK zu Kiel gewährt in den Fällen der beamtenrechtsähnlichen Versorgung Beihilfen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen nach Maßgabe der für Beamten jeweils geltenden Regelungen.

Die Bemessung der Rückstellung für Beihilfeleistungen beruht auf einem Gutachten der Fa. Watson Wyatt Heissmann GmbH, Wiesbaden. Als Berechnungsgrundlagen werden die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Berechnungszins von 6 % verwendet.

Die Urlaubsrückstellungen bemessen sich nach der Anzahl der am Bilanzstichtag noch nicht genommenen Urlaubstage. Diese Urlaubstage werden mit dem individuellen Gehalt – erhöht um Zuschläge für die vom Arbeitgeber zu tragenden Soziallasten – bewertet.

Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen im Zusammenhang mit Eingangsrechnungen, die im Jahr 2008 eingehen, aber wirtschaftlich

im Jahr 2007 verursacht worden sind, betreffen im Wesentlichen Prüferentschädigungen und Instandhaltungsrechnungen.

Die Berechnung der Beträge für die Altersteilzeitrückstellung erfolgt in Anlehnung an die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: „Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen nach IAS und nach handelsrechtlichen Vorschriften (IDW RS HFA 3, Stand 18.11.1998)“. Die entsprechende Berechnung ist durch die VdW Service GmbH, Mülheim/Ruhr, vorgenommen worden.

Die Höhe der Jubiläumsrückstellungen richtet sich nach der entsprechenden Dienstvereinbarung der IHK. Danach wird nach 25 Jahren ein halbes und nach 40 Jahren ein ganzes Monatseinkommen gewährt. Als Berechnungsgrundlagen werden die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Berechnungszins von 5,5 % verwendet. Das finanzmathematische Gutachten ist von der Fa. Watson Wyatt Heissmann GmbH, Wiesbaden, erstellt worden.

D. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt € 7.715.525,71 (Vorjahr: € 7.800.297,07) haben, ausgenommen die Finanzierungsdarlehen im Zusammenhang mit der Erstellung des Hauses der Wirtschaft, Laufzeiten bis maximal ein Jahr.

	Wert 31.12.2007	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	7.233.792,84 €	200.846,05 €	1.132.149,83 €	5.900.796,96 €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	292.447,03 €	292.447,03 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Verbindlichkeiten	189.285,84 €	189.285,84 €	0,00 €	0,00 €
	7.715.525,71 €	682.578,92 €	1.132.149,83 €	5.900.796,96 €

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Im Rahmen der Umsetzung des Gesamtkonzepts „Haus der Wirtschaft“ wurden in den Jahren 2004 – 2006 mehrere Darlehen aufgenommen. Die Darlehen sind als Annuitätendarlehen ausgestaltet. Die Tilgungen liegen zwischen 2 % und 3 %. Die Höhe der Restdarlehen zum 31. Dezember 2007 beläuft sich auf € 7.233.792,84 (Vorjahr: € 7.426.253,81).

3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich auf € 292.447,03 (Vorjahr: € 137.774,18).

6. Sonstige Verbindlichkeiten

Am Bilanzstichtag bestehen sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von € 189.285,84 (Vorjahr: € 236.269,08). Sie verteilen sich im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus Beitragsguthaben (€ 83.381,22) sowie auf Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt aus Lohnsteuer (€ 76.212,26).

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten umfassen im Wesentlichen Erträge der in den Geschäftsjahren bis einschließlich 2007 abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge, die anteilig auf Ausbildungszeiträume nach dem Stichtag der Eröffnungsbilanz entfallen, in Höhe von € 1.115.392,00 (Vorjahr: € 1.012.574,00).

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Die IHK zu Kiel erstellt für jedes Geschäftsjahr einen Wirtschaftsplan, im Wesentlichen bestehend aus einem Erfolgsplan, der die geplanten Aufwendungen und Erträge wiedergibt, und einem Finanzplan, zur genaueren Aufgliederung der geplanten Investitionen und Finanzierungen. Die Ausführung des Wirtschaftsplans unterliegt den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Der Wirtschaftsplan (vor dem Geschäftsjahr) und der Jahresabschluss (nach Abschluss des Geschäftsjahres) werden von der Vollversammlung beschlossen.

Die Kosten der Tätigkeit der Industrie- und Handelskammer zu Kiel werden im Wesentlichen durch Erhebung der Beiträge von Kammerzugehörigen sowie durch Gebühren und Entgelte aufgebracht.

1. Beiträge

Als Beiträge erhebt die Industrie- und Handelskammer zu Kiel Grundbeiträge und Umlagen. Für die Umlage von Beiträgen ist der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb des laufenden Geschäftsjahres Bemessungsgrundlage. Die IHK zu Kiel wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbeertrag erhoben. Nach Bekanntgabe der endgültigen Bemessungsgrundlage durch die Finanzverwaltung erfolgt die abschließende Abrechnung der IHK zu Kiel. Der Umlagesatz der IHK zu Kiel ist einer der niedrigsten Umlagesätze in Deutschland. Er beträgt seit dem Jahr 2000 bezogen auf den Gewerbeertrag 0,18 %.

In Folge der Veränderung der wirtschaftlichen und konjunkturellen Lage sind die Erträge aus Beiträgen in Höhe von € 8.744.287,27 insbesondere im Vergleich zu der Wirtschaftsplanung 2007 über € 8.138.700,00 aber auch im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von € 8.484.385,26 signifikant angestiegen.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung bildet sich insbesondere im Bereich der Umlagen aus Vorjahren ab. Hier liegen die Erträge mit € 1.566.502,32 auf dem Niveau des Vorjahres (€ 1.655.591,02), aber um rd. 497 TEUR über dem Planansatz von € 1.069.600,00. Ursäch-

lich dafür ist die beginnende Abrechnung des Jahres 2005 mit deutlich weiterhin ansteigenden Bemessungsgrundlagen für die Beitragsermittlung.

2. Erträge aus Gebühren

Aus den Gebühren ergeben sich in 2007 Erträge in Höhe von € 1.561.630,53 (Vorjahr: € 1.453.521,78). Die Planung für 2007 veranschlagt den Bereich der Gebühren mit € 1.113.800,00. Hierin waren die realisierten Erträge aus der Versicherungsvermittlerrichtlinie noch nicht enthalten. Die gestiegenen Erträge aus Gebühren stehen dem zu Folge auch im Zusammenhang mit neuen Gebührentatbeständen aus der Versicherungsvermittlerrichtlinie sowie einer erhöhten Nachfrage an beruflichen Aus- und Weiterbildungsprüfungen.

6. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von € 661.354,88 liegen knapp auf dem Vorjahresniveau (€ 665.259,67), jedoch oberhalb der Planung 2007 (€ 545.100,00). Die über dem Plan liegenden Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungspositionen. Daneben sind Erstattungen durch die Arbeitsagentur im Zusammenhang mit der Nachfolgeregelung eines Altersteilzeitarbeitsverhältnisses in Höhe von € 5.991,56 in dieser Position enthalten.

Des Weiteren umfassen die sonstigen betrieblichen Erträge periodenfremde Erträge in Höhe von € 22.772,55. Die Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus einer das Jahr 2006 betreffenden Projektabrechnung durch die WTSH GmbH (€ 8.563,42) sowie die Nebenkostenabrechnung für das Gebäude Lorentzendamm 21 für das gleiche Jahr (€ 7.965,27).

7. Materialaufwand

Der im Vergleich zum Vorjahr (€ 965.299,85) und im Vergleich zur Planung (€ 911.800,00) mit € 1.004.736,82 höher ausgefallene Materialaufwand steht im Zusammenhang mit den zusätzlich angefallenen Gebührenerträgen aus der Versicherungsvermittlerrichtlinie.

8. Personalaufwand

Im Wesentlichen aufgrund von nicht besetzten Stellen durch Fluktuation sind die Gehaltsaufwendungen in Höhe von € 4.138.057,73 um rd. 248 TEUR niedriger angefallen als im Wirtschaftsplan 2007 veranschlagt. Damit sinken die Gehaltsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr (€ 4.256.473,17) nochmals. Der um rd. 379 TEUR höher als im Vorjahr realisierte Sozialaufwand in Höhe von € 1.626.293,74 steht im Zusammenhang mit einem höheren Zuführungsbedarf bei Pensionsrückstellungen, liegt damit jedoch noch um rd. 268 TEUR unterhalb des Planwertes für 2007.

10. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit € 3.214.413,24 knapp im Rahmen der Planung, jedoch um rd. 177 TEUR oberhalb des Vorjahreswertes. Die erhöhten Aufwendungen ergeben sich u. A. aus höheren Portoaufwendungen (61 TEUR), einem höheren Beitrag zum DIHK (65 TEUR) sowie zusätzlichen Instandsetzungsaufwendungen (22 TEUR).

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von € 12.488,15 (Vorjahr: € 11.618,95) enthalten. Diese beinhalten maßgeblich die verspätet abgerechnete, das Jahr 2006 betreffende Pflege der Außenlagen (7,1 TEUR), die Abrechnung der Veranstaltungen Mediatage 2005 und 2006 (2,1 TEUR) sowie die Nebenkostenabrechnung der Mieträume für die Zweigstelle Rendsburg (1,8 TEUR).

12. Erträge aus Wertpapieren und anderen Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge aus anderen Wertpapieren und anderen Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Höhe von € 148.340,73 resultieren aus Zinseinnahmen aus Festgeldern des Finanzanlagevermögens und liegen über den in der Wirtschaftsplanung 2007 veranschlagten Planwert von € 87.300,00 und dem korrespondierenden Vorjahreswert in Höhe von € 124.942,84. Ursachen hierfür sind insbesondere der im Jahresdurchschnitt höher als geplant angefallene Liquiditätsbestand aus dem Cash Flow des Geschäftsjahres (incl. des Liquiditätsvortrags aus dem Vorjahr) sowie zusätzlich das im Jahresablauf 2007 anziehende Zinsniveau.

13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Im Jahr 2007 betragen die Zinserträge aus den liquiden Mitteln des Umlaufvermögens € 145.523,52. Die Abweichungen zum Vorjahr (€ 83.170,37) und zum Planansatz (€ 58.000,00) ergeben sich aus dem gleichen Begründungszusammenhang wie unter Position 12. erläutert.

Ergebnisverwendung

Der Präsident und der Hauptgeschäftsführer werden der Vollversammlung in der Sitzung im September 2008 vorschlagen, das Ergebnis in Höhe von € 446.054,09 (Vorjahr: € 545.564,87) der Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Erläuterungen zur Finanzrechnung

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode leitet sich aus dem Finanzmittelbestand am Anfang der Periode, dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit sowie dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ab.

Der Finanzmittelbestand am Anfang der Periode beträgt € 2.229.911,31. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit umfasst das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis. Im Geschäftsjahr 2007 beträgt der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit € 1.099.689,28 (Vorjahr: € 348.105,86). Die Abweichung zum vergleichbaren Planwert in Höhe von € - 419.000,00 resultiert im Wesentlichen aus dem deutlich positiver ausgefallenen Jahresergebnis.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr 2007 € 46.327,61 und liegt damit rd. 197 TEUR über dem geplanten Cashflow von € - 150.300,00. Die Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen werden kompensiert durch den Einzahlungssaldo des Finanzanlagevermögens.

Im Bereich der Finanzierungstätigkeit beträgt der Cashflow € 192.460,97 und liegt damit im Rahmen der Planung (€ 190.900,00). Die Abweichung zum Vorjahr (€ 1.318.392,59) steht ursächlich im Zusammenhang mit einer im Jahr 2006 erfolgten Darlehenaufnahme in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

Aus den vorgenannten Komponenten ergibt sich am Ende des Geschäftsjahres ein Finanzmittelbestand in Höhe von € 3.183.467,23.

Weitere Angaben zur Bilanz

Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag hielt die IHK zu Kiel einen Anteil am Bürgschaftsfonds für Mittelstandskredite der Bürgschaftsbank SH GmbH in Höhe von € 43.140,25.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen insgesamt sonstige finanzielle Verpflichtungen bis ein Jahr in Höhe von € 50.700,62 und über ein Jahr in Höhe von € 20.456,76, die sich wie folgt darstellen:

	bis ein Jahr	über ein Jahr
Miete Geschäftsstelle Neumünster	20.490,36 €	Unbefristeter Vertrag
Miete Geschäftsstelle Rendsburg	3.454,71 €	Unbefristeter Vertrag
Miete Leasing Kfz KI-HK 660	7.536,60 €	20.221,19 €
Miete Leasing PC's	9.727,26 €	0,00 €
Miete Frankiermaschine	9.491,69 €	235,57 €
	50.700,62 €	20.456,76 €

Mitarbeiterzahlen zum 31.12.2007

Die Anzahl der zum 31. Dezember 2007 beschäftigten Mitarbeiter ist in der nachfolgenden Personalübersicht dargestellt:

Personalstand	Stand per 31.12.2007		Stand per 31.12.2006	
	Köpfe	Kapazität (PJ)	Köpfe	Kapazität (PJ)
<i>Kernpersonal:</i>				
Geschäftsführer	8	8	8	8
Angestellte	94	91,41	97	92,34
Summe	102	99,41	105	100,34
<i>Sonstige:</i>				
Mitarbeiter für Projekte u. ä.	0	0	0	0
Personalgestellung	0	0	0	0
Gesamtsumme	102	99,41	105	100,34
<i>Davon:</i>				
in Teilzeit	19	X ¹	17	X
Befristet	7	X	9	X
in ATZ aktiv	0	X	0	X
<i>Außerdem:</i>				
Auszubildende	9	X	10	X
Trainees	0	X	0	X
Praktikanten	0	X	0	X
Mitarbeiter in Elternzeit	4	X	4	X
ATZ inaktiv	1	X	2	X
Sondereinrichtungen	0	X	0	X
Geringfügig Beschäftigte	7	X	5	X

¹ X = gemäß der Kommentierung zum Finanzstatut keine Angabe erforderlich

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung zum 31.12.2007

Das Präsidium der IHK zu Kiel für die Amtszeit von Februar 2004 bis Februar 2009 setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Präsident:

Konsul Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann, Peter Kölln Kommanditgesellschaft auf Aktien (Elmshorn)

Vizepräsidenten:

Hans-Jörn Arp, Landgasthof „Zur Post“ Inh. Hans-Jörn Arp (Wacken)

Konsul Hans Wilhelm Berger, HSH Nordbank AG (Kiel)

Margarete Böge, Wulff Textil Service GmbH (Kiel)

Knud Hansen, Sporthaus Nis Knudsen KG (Kiel)

Horst Jenckel, BIG-Anlagen Fonds 35 (Kronshagen)

Ines Kitzing, Hass + Hatje GmbH (Rellingen)

Konsul Dr. Fritz Süverkrüp, Süverkrüp Automobile GmbH & Co. KG (Kiel)

Klaus-Hinrich Vater, Vater Holding GmbH (Klausdorf)

Hauptgeschäftsführer:

Dr. Jörn Biel

Kiel, den 31. März 2008

Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann
Präsident

Dr. Jörn Biel
Hauptgeschäftsführer